



Flughafen Rhein-Main vergrößert sein Territorium Neue Gefahr für den Wald?

Wenn ein vorgesehener Tauschhandel zwischen der Landesregierung und der Flughafen AG zum Abschluß kommt, wird die FAG in Kürze ihr Territorium um 77,9 Hektar vergrößern. Künftige Expansionsgelüste der US-Air Base und der FAG werden damit begünstigt.

Was steckt dahinter? Im Jahre 1980 hat die Stadt Flörsheim der FAG nicht nur das benötigte Gelände für die Startbahn-West verkauft, sie verscherbelte zusätzlich Stadtwald östlich der heutigen Startbahn.

Das Land Hessen strebt nun an, die Eigentumsverhältnisse neu zu ordnen, um, wie es heißt, „eine sinnvolle Bewirtschaftung der Waldflächen zu ermöglichen“.

Da das Land Hessen 77,9 Hektar direkt südlich des Flughafens besitzt, war man sich schnell einig, diesen Wald mit den jetzigen 76,9 Hektar FAG-Wald, der östlich der Startbahn liegt, zu tauschen. Zwar hat der künftige FAG-Wald einen Schönheitsfehler, er ist als Schonwald ausgewiesen und soll bald zum Bannwald erklärt werden. Aber mit solchen „Kleinigkeiten“ ist die FAG auch in der Vergangenheit schon fertig geworden.

Und, wenn die Air Base nach Süden erweitern will, dann hat sie

sowieso noch andere Möglichkeiten, denn nach dem Landbeschaffungsgesetz (§ 30) muß der NATO-Bedarf den deutschen Behörden nur „gemeldet“ werden. Ein normales Planfeststellungsverfahren und Einspruchsmöglichkeiten gibt es hier nicht.

Schon jetzt signalisiert jedenfalls die US-Air Force beim Bundesfinanzminister Ausweitungspläne – indem sie langfristig die beiden riesigen Hapag-Lloyd-Flugzeughallen anmieten möchte.

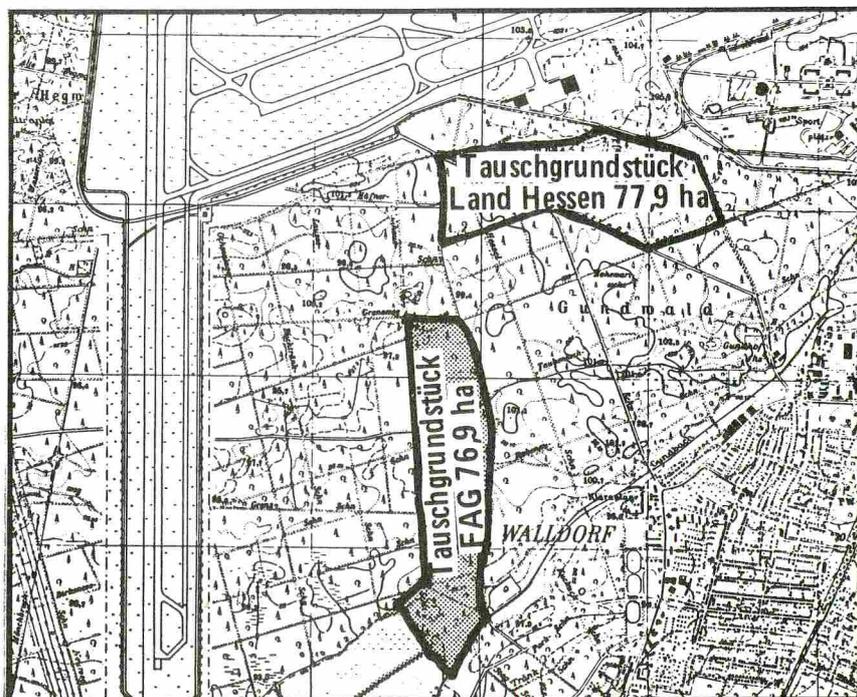
Wenn man alle diese Hintergründe kennt, bleiben Fragen: Wieso

muß eigentlich die FAG, die sich lediglich um den Flugverkehr zu kümmern hat, Waldbesitzer sein? Ist man nebenher auch noch Bodenspekulant?

Oder hat man für das neue Territorium schon genaue Pläne?

Die DKP-Fraktion ist der Meinung:

1. Der Geländetausch bedeutet wegen der Vergrößerung des eigentlichen Territoriums (selbst wenn die FAG jetzt 283.825,- DM zulegen muß) einen ungeheuren Wertzu- ►



wachs für den Flughafen (ermöglicht durch die Gefälligkeitspolitik der Hessischen Landesregierung).

2. Die Ausweitung des FAG-Territoriums ist Teil einer Geschäftspolitik, die ständig auf Expansion zielt, zum Schaden der Umwelt, zu Gunsten der Gewinnmaximierung.
3. Alle Schon- und Bannwalderklärungen sind nicht viel wert, wenn die US-Air Force erweitern will. Wir fordern: Weg mit der US-Air Base!

Da sich beide Grundstücke in unserer Gemarkung befinden und im Grundbuch Walldorf eingetragen sind, halten wir es für nötig, daß die Stadt Mörfelden-Walldorf gegen diese Pläne interveniert.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre scheint uns äußerste Wachsamkeit geboten.

Rudi Hechler

Gewaltige Fluglärmsteigerung nun schwarz auf weiß

Nur sehr widerwillig erhielt Anfang Dezember der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf von der Flughafen AG genauere Angaben über in Mörfelden und Walldorf gemessene Einzelschalleregebnisse (der Lärm, der von einer über- oder vorbeifliegenden Maschine erzeugt wird). Die Messung erfolgte in den Monaten Mai bis Oktober und zwar vergleichsweise 1983 (vor Inbetriebnahme) und 1984 (nach Inbetriebnahme der Startbahn-West). Angegeben wurden nur Werte über 70 dB(A).

Aus den Angaben, siehe untenstehenden Tabelle, ist zum Beispiel zu ersehen, daß von 6 bis 22 Uhr 1983 täglich 7 und 1984 ganze 59 Schallereignisse im Pegelbereich von 75 – 80 dB(A) gemessen wurden. Nachts war es nicht mehr 1 Ereignis, sondern 4 und 5 mit 70 – 75 dB(A).

Ein Jahr zuvor waren es in dieser Intensität 2 Ereignisse. H.H.

Maximalpegelbereich	Tägliche Schallereignisse von Mai bis Oktober			
	1983		1984	
	6-22 Uhr	22-6 Uhr	6-22 Uhr	22-6 Uhr
70-75 dB(A)	21	2	48	5
75-80 dB(A)	7	1	59	4
80-85 dB(A)	2	—	22	1
85-90 dB(A)	—	—	3	—

Zusammenarbeit GBL-CDU nur ein Gerücht?

In einer Presseerklärung bestreitet GBL-Stadtrat Lebuser, daß es zwischen CDU und GBL zu einer Zusammenarbeit kommen würde. Niemand würde sich mehr darüber freuen als die DKP.

Allerdings, wir hören GBL-Worte und überprüfen die Taten. Wir bleiben skeptisch!

Vor wenigen Monaten sah GBL-Stadtrat Winkler „wenig Unterschiede zwischen CDU und SPD“, hielt nichts von „Berührungängsten gegenüber der Union“ und meinte: „Als erstes kommt die Demokratie, und als zweites die Frage, mit wem wir sie erreichen.“ (Da will wohl Winkler mit Leuten wie Zimmermann, Wörner, Geißler und ihren Freunden vor Ort „Demokratie erreichen“.)

Und auch in der aktuellen Lebuser-Erklärung steht der Satz: „Solange die hiesige SPD an ihrer Rathaus-Clique festhalte, schließe man eine punktuelle Zusammenarbeit mit der CDU nicht aus“.

Die CDU jedenfalls freut sich, sie betont: „Die GBL kann dazu beitragen, neue Mehrheiten zu bilden, man habe keine grundsätzlichen Vorbehalte und schließlich hätte man ja schon früher gemeinsam mit der GBL wichtige Beschlüsse gegen den Willen der SPD gefällt.“ (Vielleicht meinte sie damit die „Diätenerhöhung“ für die Stadtverordneten, die GBL und CDU gemeinsam beschlossen haben.) Das alles sind, wie gesagt, Fakten und keine Gerüchte.

In der Presseerklärung des GBL-Stadtrates Lebuser heißt es: „Natürlich gefällt es den Kommunisten nicht, daß sie von der Rathaus-SPD mit dem angeblichen Gebührenstopp gelemt wurden.“

Dazu:

1. In einem von uns verlangten SPD-Brief (er ist an anderer Stelle heute im „blickpunkt“ abgedruckt) versichert die SPD, daß sie sich an die Abmachung halten wird. Wir selbst haben schon in der Stadtverordnetenversammlung erklärt: „Sollte es zum Wortbruch kommen, dann steht unser entschiedener Widerstand auf der Tagesordnung!“
2. Die GBL hat in ihrer kurzen „Ehe“ mit der SPD neunmal städtische Gebühren erhöht (Gebührenstopp hat die GBL nie

interessiert). Die DKP ist die einzige Partei, die noch niemals einer Gebührenerhöhung zugestimmt hat. Auch dies sind Tatsachen, die für sich sprechen.

Im übrigen sind wir natürlich über GBL-Äußerungen der letzten Zeit sehr enttäuscht. Beim Lesen der kommunalen Presse finden wir GBL-Anzeigen gegen die DKP, gehässige Ausbrüche von Hugo Jung (CDU) und Wilma Frühwacht-Treiber (GBL). Grüne und Schwarze vereint gegen die örtliche DKP.

Der Walldorfer CDU-Vorsitzende und ehemalige Offizier Schenzinger, beschimpft uns als „linksradikale Verfassungsfeinde“. Hugo Jung meint, wir wären „zahnlose Hechte“ und Heinz Köhler (GBL) hilft ihm mit der Formulierung „ein Hecht; der auf dem Trockenen liegt“.

Wilma Frühwacht-Treiber (GBL) benutzt leider sogar das antikommunistische Vokabular der Neonazis „Rotfront, Genosse Baldur, Rotfront, Genossen von der DKP“.

In GBL-Anzeigen kann man lesen, wir seien ein „Anhängsel der SPD“ und ziemlich arrogant, die GBL habe jetzt die „Wächterrolle“ übernommen.

Die Angriffe aus der CDU-Ecke sind wir gewöhnt. Sie stören uns wenig, auch wir attackieren diese ge„flickte“ Partei. — Wir sagen, die CDU ist die Partei des großen Geldes und selbstverständlicher Gegner der Arbeiterpartei DKP.

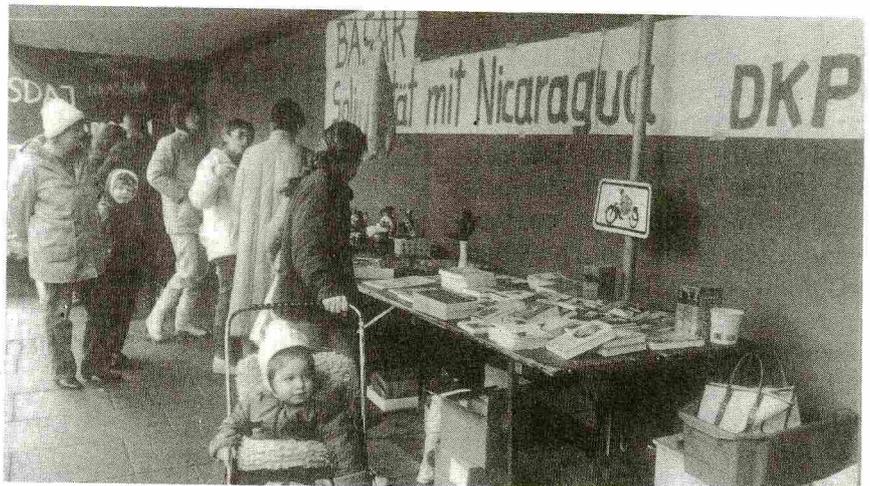
Aber die bössartigen Angriffe von der GBL? Entschuldigt Wahlkampf eigentlich alles? Und — ist das prinzipienlose GBL-Flirten mit der CDU und der blinde Antikommunismus eigentlich die Politik der „Grünen“?

Wir hätten nicht geglaubt, daß die Startbahn-Solidarität von der GBL so schnell vergessen würde.

Wir hoffen jedenfalls, daß sich diese Attacken im Wahlkampf nicht wiederholen.

Wir bleiben dabei, Sozialdemokraten, Kommunisten und Grüne, die Parteien links von der CDU, haben viele gemeinsame Aufgaben. Sie werden sich auch in Zukunft noch oft finden müssen. Im Interesse einer friedlichen Zukunft, im Interesse der Bürger unserer Stadt.

rh



Solidaritäts-Basar der DKP in Mörfelden. Es gab Bücher, Spielsachen, wunderschöne Geschenke. Der Erlös wurde auf das Solidaritäts-Konto Nicaragua überwiesen.

Herzlichen Dank!

Für die vielen telefonischen und persönlichen Hinweise und Erläuterungen zu unserem „Mörfelden gestern“-Dezember-Bild.

Viele Namen wurden uns noch mitgeteilt. Auch an den Tag und an das Theaterstück erinnerten sich noch einige.

Man spielte das Antikriegsstück „Die Waffen nieder“ in Anlehnung an den Roman von Berta von Suttner, aufgeführt von der Theatergruppe der „Freien Turn- und Sängervereinigung Mörfelden“ 1921/22, in den Sälen der Gasthäuser „Zur Ludwigshalle“ (Sattler) und „Frankfurter Hof“ (Koban, Langener Straße).

Auch der Pressewart der SKV, Georg Herzberger nannte uns in einem netten Brief sämtliche Namen der Mitwirkenden.

Es waren: Heinrich Schöneberger, Georg Fritz, Johannes Berz, Ludwig Acker, Albert Schulmeyer und Philipp Scherer; Alois Völker, Jakob Knöss, Wilhelm Völker, Artur Wolf, Peter Schulmeyer, Ludwig Acker, Marie Schmidt, Philipp Keim; Thekla Knöss, Dora Gernandt und Dora Fritz.

Nur noch drei sind heute am Leben und zwar Heinrich Schöneberger, seine Frau (damals Dora Gernandt) und Marie Neumann (damals Marie Schmidt).

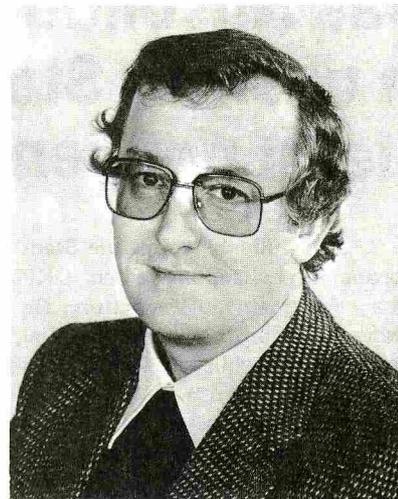
Heinz Hechler



Ein schönes Beispiel

In der Mörfelder Langgasse fotografiert. Bei der Fassaden-Renovierung hat man das Symbol des Friedens, die Friedenstaube, weithin sichtbar angebracht.

Rudi Hechler
DKP-Stadtverordneter
Hochstraße 22
6082 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 06105 / 22 362



„Die Rentner lassen sich von dieser Regierung nicht mehr länger für dumm verkaufen.“ Mit diesen Worten forderte der Präsident des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner (VdK), Karl Weishäupl, die Bundesregierung auf, ihre Kahlschlagpolitik gegen die Interessen der Rentner zu beenden.

Das Wort vom sozialen Kahlschlag stimmt. Fast täglich kommen Meldungen aus Bonn, die erschrecken. Die Armen werden belastet, die Reichen begünstigt. Am gleichen Tag beschließt der Bundestag „Diäten rauf – Renten runter!“ Das bringt bei vielen das Faß zum Überlaufen. Viele Rentner erkennen mittlerweile die Ursachen des Sozialabbaus. Während alle Sozialleistungen rigoros gekürzt werden, wächst allein der Rüstungshaushalt um weitere 3,7 Prozent.

Die Auswirkungen dieser Bonner CDU-Politik sind auch in unserer Stadt zu spüren. Gab es im Jahre 1981 im Monatsdurchschnitt noch 252 Sozialhilfefälle, so ist diese Zahl im Jahre 1984 auf 360 Personen angewachsen. Und oft sind es ältere Bürger, die unverschuldet in Not geraten.

Ich meine, gerade unsere älteren Mitbürger haben ein Recht auf einen gesicherten und menschenwürdigen Lebensabend. Sie gehören zu der Generation, die zwei große Weltkriege, Inflation, Wirtschaftskrisen, Währungsreform, Hunger und Leid erfahren mußte. Sie sind aber auch die Generation, die entscheidenden Anteil am Wiederaufbau unseres Landes und an der Beseitigung der Trümmer aus Faschismus und Krieg hat.

Ältere Menschen wollen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben ohne materielle Not. Trotz Alternachmittagen und Seniorenveranstaltungen gibt es auch in unserer Kommune noch viel zu tun, um ältere Menschen in das gesellschaftliche Leben besser einzubinden. Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.

So soll jetzt endlich eine langjährige Forderung der DKP Wirklichkeit werden: Der Bau eines Altenwohn- und -pflegeheimes. Wir erwarten, daß das Projekt schnellstens errichtet und bezogen werden kann, weil es untragbar ist, daß alte Bürger unserer Stadt in weit entfernten Heimen untergebracht werden. Aber nach wie vor gibt es Probleme. Dazu gehören auch die Finanzierung und die Kosten, die dann auf die künftigen Bewohner zukommen. Wir sind jedenfalls nicht einverstanden mit den Pflegekosten, die heute in Hessen z. T. verlangt werden. (Monatsmieten von 3.548,- DM und Tagessätze bis 114,65 DM sind für uns undiskutabel.) Wir verlangen, daß die Pflegesätze im künftigen Altenwohn- und Pflegeheim so berechnet werden, daß dem Heimbewohner ein angemessenes Taschengeld für seine persönlichen Bedürfnisse bleibt.

Man sieht, vor den Kommunalpolitikern steht viel Arbeit. Auch die älteren Menschen in unserer Stadt haben ein Recht darauf, daß sie im Stadtparlament ordentlich vertreten werden.

Das Ausbildungszentrum in unserer Stadt bleibt notwendig!

Am 3. Juni 1984 beschloß die Stadtverordnetenversammlung einen DKP-Antrag, nachdem die Verwaltung Gespräche zu führen hat „mit dem Ziel, ... ein überbetriebliches Ausbildungszentrum zu errichten.“

Im Dezember berichtete der Bürgermeister — ebenfalls auf Anfrage der DKP —, es habe Gespräche mit Vertretern der Handwerks- und Industrie- und Handelskammer gegeben.

Aber weder mit Nachbargemeinden noch mit dem Kreis, geschweige denn den Gewerkschaften, wie im Antrag verlangt wurde, ist gesprochen worden!

Dementsprechend einseitig fällt der Bericht des Bürgermeisters aus: Man gibt zu überlegen, „daß künftig die

Schülerzahlen rückläufig“ sein werden. ... (Welch ein Trost für heute arbeitslose Jugendliche.) Er gibt zu bedenken, daß solch ein Ausbildungszentrum Geld kostet. ... (Was wohl auch zum Zeitpunkt des Parlamentsbeschlusses klar war.) Er weist darauf hin, daß in unserer Stadt (laut Arbeitsamt) 23 Jugendliche keine Ausbildungsstätte hätten. ... (23 zuviel, Herr Bürgermeister, zumal die nicht registrierten Lehrstellensuchenden und nicht erfaßten arbeitslosen Jugendlichen nicht mitgezählt sind.)

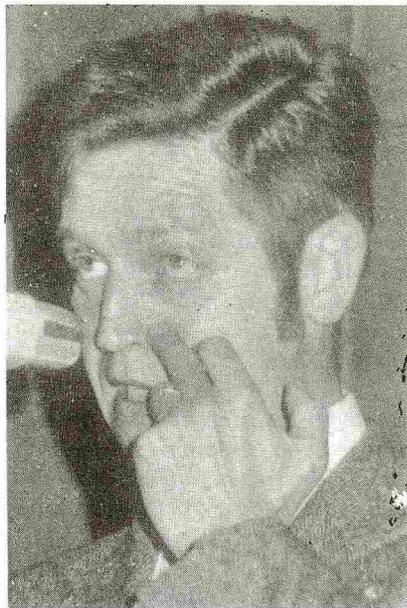
Er stellt fest, aus all diesen Gründen sollte die Errichtung eines Ausbildungszentrums „nochmals intensiv beraten werden. ...“ (Wohl mit dem Ziel, den Beschluß des Parlaments erstklassig zu beerdigen?)

Wir stellen fest:

- Innerhalb eines halben Jahres hätte man mehr tun können, als nur ein Gespräch mit Unternehmervertretern zu führen. Die DKP hat schon in ihrer Begründung des Antrags die Gemeinde Büdingen genannt, die Erfahrungen mit einem solchen Ausbildungszentrum hat, eine weitere Gemeinde ist auch nicht weit entfernt, Dietzenbach.
- Der Bürgermeister hat im Juni 1984 selbst eingeräumt, daß die Jugendarbeitslosigkeit „in unserer Stadt keinesfalls unterschätzt werden“ darf.
- In einer Abstimmungsaktion vor dem Jugendzentrum Walldorf haben sich von etwa 90 Jugendlichen 70 für ein überbetriebliches Ausbildungszentrum ausgesprochen.
- Die Stärke einzelner Schülerjahrgänge ist nicht entscheidend für die Sicherung qualifizierter Ausbildungsplätze. Das zeigt die Ausbildungsmisere seit nunmehr drei Jahren.

Wir meinen:

- Die Schaffung von Ausbildungsplät-



Das kann ins Auge gehen!

Am 3. Juni 1984 wurde die Stadt vom Parlament beauftragt, mit den Gewerkschaften, den Nachbargemeinden, den Vertretern der Handwerks- und der Industrie- und Handelskammer, Gespräche zu führen „mit dem Ziel, ein überbetriebliches Ausbildungszentrum zu errichten“.

Nach den Gesprächen mit Unternehmervertretern hat Brehl offenbar nun kein Interesse mehr an diesem wichtigen Projekt.

Wir sind anderer Meinung! Wir bleiben am Ball!

An alle Jugendlichen in unserer Stadt Wer sucht eine Lehrstelle?

Nach Angaben des Bürgermeisters soll es nur 23 Jugendliche in unserer Stadt geben, die keinen Ausbildungsplatz erhalten hätten. Wir vermuten, daß diese Arbeitsamtszahlen nicht stimmen. Wir wissen, daß viele junge Menschen in den letzten Jahren keinen Ausbildungsplatz bekamen und daß viele Jugendliche arbeitslos sind. Wir wollen deshalb ein überbetriebliches Ausbildungszentrum in unserer Stadt. Damit wir hierfür weiter politischen Druck ausüben können, bitten wir alle Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz, alle arbeitslosen Jugendlichen, sich bei den DKP-Stadtverordneten zu melden. Wir bitten die Eltern, diese Aktion zu unterstützen. Keiner soll auf der Straße liegen!



Bitte kleben Sie diesen Abschnitt auf eine Postkarte und senden Sie diese an eine der nachfolgenden Adressen der DKP-Fraktion. Sie können auch einfach anrufen.

Ich suche einen Ausbildungsplatz
(Mein Sohn, meine Tochter sucht)

Ich bin arbeitslos
(Mein Sohn, meine Tochter ist arbeitslos)

Name, Vorname Alter

Anschrift

**DKP-FRAKTION
MÖRFELDEN-WALLDORF**

Rudi Hechler, Hochstr. 22, Tel. 22 362
Rudolf Dötsch, Schumannstr. 3, Tel. 31 66
Herbert Oswald, Waldstr. 101, Tel. 76 729
Waltraud Träger, Hochstr. 6, Tel. 23 255
Heinz Hechler, van-Dyk-Str. 48, Tel. 33 35

zen frei von Unternehmerwillkür ist notwendiger denn je.

- Die erwähnten 23 Jugendlichen in Mörfelden-Walldorf sind nur die Spitze des Eisbergs. Deshalb nehmen wir die lapidare und von Einseitigkeit geprägte Aussage des Bürgermeisters nicht hin.
- Wir kämpfen weiter für ein überbetriebliches Ausbildungszentrum!

Wir fordern die Jugendlichen in unserer Stadt auf: Macht das überbetriebliche Ausbildungszentrum zu Eurer Sache!

Wir bitten die Eltern: Unterstützen Sie Ihre Kinder im berechtigten Wunsch um eine qualifizierte Ausbildung.

Da weder Arbeitsamt noch Kreistag oder Stadtverwaltung in der Lage zu sein scheinen, verlässliche Zahlen über die Anzahl von Lehrstellensuchenden oder arbeitslosen Jugendlichen zu geben, geht unser Wunsch an Schüler und Eltern: Meldet Euch bei der DKP-Fraktion! Nur wenn gemeinsamer Druck gemacht wird, kann es Erfolg geben!

Herbert J. Oswald



Während die aktiven Fußballmannschaften Winterpause haben, überbrücken die Schülermannschaften diese Zeit mit einer Hallenrunde. (Unser Foto zeigt das Spiel der SKV-RW-Walldorf 5 : 0.)

Auch die jüngste Mannschaft der SKV, die F 2-Jugend, beteiligte sich diese Saison zum ersten Mal an dieser Hallenrunde. Mit großem Eifer jagen die Sechsbis Siebenjährigen dem schwarz-weißen Leder nach und alle träumen natürlich vom Toreschießen. Aber auch Niederlagen in der Anfangsphase taten der Spiel Freude und der Begeisterung keinen Abbruch. Kommentar eines 6-jährigen nach 0 : 7-, 0 : 9- und 0 : 4-Niederlagen beim Maiturnier im Mörfelder Waldstadion: „Man kann ja nicht jedes Spiel gewinnen.“

Seit Anfang des vergangenen Jahres trainieren und spielen die Kleinen im blau-weißen Trikot, und die ersten Erfolge stellen sich jetzt ein. Mit einem 6 : 0-Sieg über Stockstadt wurde jetzt die F 2-Jugend der SKV Gruppensieger und spielt in der Finalrunde um die Kreismeisterschaft.

8. Mai 1985 – Tag des Friedens und der Befreiung

Ein Antrag der DKP

In einem Antrag der DKP-Fraktion wird eine Gedenkfeier anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gefordert. Im Antrag heißt es:

Es werden Vorbereitungen getroffen, den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, am 8. Mai 1985, würdevoll und mit einer städtischen Großveranstaltung zu begehen.

Bewährte Mörfelder und Walldorfer Antifaschisten werden im Rahmen dieser offiziellen Veranstaltung von seiten der Stadt Mörfelden-Walldorf geehrt. Zur Vorbereitung ist eine Kommission einzuberufen.

Entsprechende Mittel sind im Haushalt 1985 einzustellen.

Begründung:

Vor 40 Jahren, am 8. Mai 1945, endete der opferreiche Krieg in der Geschichte der Menschheit, wurde die faschistische Gewaltherrschaft in

Deutschland von den Armeen der Anti-Hitlerkoalition zerschlagen.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet:

Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des „verlorengegangenen“ Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes von Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: Den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern, mit wichtigen Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition sichtbar.

Soll das große Ziel eines Lebens ohne Krieg und Faschismus Wirklichkeit

werden, müssen die Lehren gezogen werden:

- Nie wieder darf von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Nur eine Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben garantiert unserem Volk gutnachbarliche Beziehungen und eine glückliche Zukunft. Neue nukleare Erstschlagwaffen machen die Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Europa zur Zielscheibe eines atomaren Holocausts.

- Nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Deshalb ist es notwendig, den konsequenten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, der Ausländerfeindlichkeit, dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten.

Der 8. Mai mahnt uns, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik zu tragen.

Es bleibt dabei:

Bis Anfang 1987 keine Gebührenerhöhungen

Die DKP hat im vergangenen November dem Nachtragshaushalt vor allem nur deshalb zugestimmt, weil die hiesige „Regierungspartei“ SPD auf Verlangen der DKP zusagte, zwei Jahre auf Gebührenerhöhungen zu verzichten. Dieses DKP-Ergebnis ist für die Bürger unserer Stadt, die mit jedem Pfennig rechnen müssen, ein großer Erfolg. In der Presse wurden anschließend Zweifel angemeldet, ob sich die SPD an diese Abmachung hält.

Die DKP-Fraktion verlangte deshalb in einem nachfolgend abgedruckten Schreiben an die SPD Klarheit. Im DKP-Brief heißt es u.a.:

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die DKP-Fraktion stellt heute noch einmal unmißverständlich klar, daß ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt auf einer eindeutigen Vereinbarung mit der SPD Mörfelden-Walldorf zu einem Gebührenstopp bis Ende 1986 beruht.

Dies wurde auch so vom SPD-Sprecher Baldur Schmitt, vor der Abstimmung im Parlament, öffentlich erklärt.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende sagte in der Stadtverordnetenversammlung klipp und klar, daß bis Ende 1986 keine Gebührenerhöhung vorgenommen wird (ausgenommen die Erhöhung der Grundsteuer B). Dagegen steht in der Pressemitteilung der SPD: „Es ist ernsthaft zu prüfen, ob im Interesse der Gewässerreinigung und des Umweltschutzes die Gebühr von DM 1,65 cbm Abwasser, beibehalten werden kann.“

Nach der Äußerung des Stadtverordneten Vondran, der ebenfalls von einer Überprüfung der Abwassergebühren sprach, sind nun doch ernsthafte Zweifel an der, uns vom Fraktionsvorsitzenden Baldur Schmitt gemachten, Zusage gekommen.

Wir bitten Euch deshalb, uns eine schriftliche Bestätigung der getroffenen Absprache über den Gebührenstopp zukommen zu lassen.

Wir sind der Meinung, daß unsere Fraktion, unsere Wähler und die Öffentlichkeit ein Recht auf eine solche klare Aussage haben.“

In einem Brief vom 18.12.1984 bestätigt die SPD-Fraktion, daß sie sich an die Abmachung halten will.

Im SPD-Schreiben heißt es u.a.:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den von uns geführten Gesprächen mit allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf hatten wir die Basis ausgelotet, die Grundlage einer politischen Mehrheit für den von der Verwaltung vorgelegten 2. Entwurf des Nachtrages 84 bilden könnte.

Der von der Verwaltung zur Abstimmung vorgelegte 2. Entwurf eines Nachtragshaushaltes war alles andere als ein „SPD-Haushalt“, der eine sozialdemokratische Hand-

schrift getragen hätte. Vielmehr handelt es sich um ein auf das unabdingbar notwendige abgespeckte Zahlenwerk, das endlich die notwendigen Finanzmittel für die Vereine, die caritativen Organisationen und die sonstigen freigemeinnützigen Träger zur Verfügung gestellt hat.

Trotz dieser unabwiesbaren finanzpolitischen Notwendigkeiten hatte die CDU in einem Vorgespräch jegliche Zustimmung zum Nachtrag brüsk abgelehnt. Die GBL hat sich schäbig aus der Verantwortung gestohlen. Denn die Ablehnung eines ursprünglich gemeinsam eingebrachten Antrages zum Kanalverbund, der ihr als Vorwand für ihr späteres Abstimmungsverhalten diente, kann nachträglich nur mit Verwunderung registriert werden. Dies angesichts des Umstandes, daß die GBL im Dezember einem inhaltsgleichen Antrag zugestimmt hat, der

exakt unseren früher aufgezeigten Bedenken Rechnung trägt.

Lediglich Sie haben den 1. Nachtrag 1984 politisch mitgetragen.

In den auch mit Ihnen geführten Vorgesprächen hatten wir uns unter anderem über die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterhalten, in die der Nachtrag 1984 eingebettet war. Sie werden gekennzeichnet durch eine nach wie vor unerträglich hohe Arbeitslosenquote mit eher steigender Tendenz, durch eine wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern, durch immer drückendere Soziallasten, die gerade die sog. Kleinverdiener hart treffen, und vor allem durch einen sich fortlaufend verengenden finanziellen Spielraum breiter Bevölkerungsschichten.

Dies alles hatte in unseren gemeinsamen Gesprächen die Überzeugung reifen lassen, daß vor Ort finanzpolitische Zeichen gesetzt werden müssen, die zumindest auf Zeit zu einer finanziellen Entlastung unserer Einwohner beitragen. Nach Überprüfung der Steuer-, Gebühren- und Beitragssituation auf der Grundlage einer Hochrechnung für 2

2 Jahre Gebühren auf Eis!

2 Jahre keine
Gebührenerhöhung in
Mörfelden-Walldorf-
ein Erfolg
der DKP-Fraktion



**DKP im Stadtparlament
das zahlt sich
aus für alle Bürger**

DKP

Jahre, wollten wir einen Weg in die nach unserer Ansicht richtige Richtung aufzeigen. Wir hatten deshalb im Ortsvereinsvorstand und in der Fraktion eine Stellungnahme zugestimmt, die wir Euch vor der Stadtverordnetenversammlung im November 1984 überreicht hatten und die wörtlich im Rahmen der Etatdebatte verlesen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Der SPD-Ortsvereinsvorstand beurteilt die finanzielle Situation der Stadt Mörfelden-Walldorf unter den politischen Vorgaben sozialdemokratischer Kommunalpolitik derzeit so, daß außer der Grundsteuer B keine Gebühren-, Steuer- und Beitragserhöhungen bis einschließlich 1986 notwendig werden.

2. Der SPD-Ortsvereinsvorstand nimmt zur Kenntnis, daß aufgrund dieser Erklärung die DKP-Fraktion dem 1. Nachtragshaushalt 1984 zustimmen wird.

Anwesend: 11 Vorstandsmitglieder — einstimmig mit Ja so beschlossen.

Wir bekennen uns also dazu, in den Haushaltsjahren 1985 und 1986 keine Anhebungen der kommunalen Steuern, Gebühren und Beiträge vornehmen zu wollen. Ausgenommen hiervon ist die Grundsteuer B.

Über die Müllgebühren wird sicher zu gegebener Zeit zu diskutieren sein, wenn uns von den Riedwerken höhere Kosten aufgegeben werden. Mit anderen Worten: Bei der Diskussion über den Haushalt 1987 wird nach dem jetzigen Erkenntnisstand diese Gebühr aller Voraussicht nach als erste angehoben werden müssen. Zuvor kann und darf es keine Überlegungen oder gar Beschlüsse in dieser Richtung geben, da sonst die zuvor aufgezeigte, aus unserer Sicht unabdingbare politische Grundentscheidung zur finanziellen Entlastung der Einwohnerschaft ausgehöhlt würde.

Dies ist nach wie vor die Auffassung unserer Fraktion, von der abzurücken keine Veranlassung besteht."

Die DKP-Fraktion hat keinen Anlaß, daran zu zweifeln, daß sich die SPD an diese, von uns jetzt auch veröffentlichte Zusage halten wird.

Einzigste Voraussetzung, daß sich dieses Abkommen auch zu Gunsten der Bürger auswirken kann, ist allerdings ein entsprechendes Wahlergebnis am 10. März 1985. Würden CDU und GBL mehr Stimmen erhalten als SPD und DKP, dann könnte dieses Abkommen gekippt und neue Gebührenerhöhungen beschlossen werden.

DKP-Wahlprogramm persönlich übergeben

Am Samstag, den 19. Januar 1985 wurde von Mitgliedern und Freunden der DKP in Mörfelden und Walldorf das Programm der DKP zur Kommunalwahl am 10. März in alle Haushalte gebracht.

In vielen Gesprächen konnte eine Reihe von Anregungen für die DKP-Fraktion entgegengenommen werden. Sehr deutlich hörte man aber auch aus manchen Worten Ängste, Sorgen und Verärgerungen.

Fluglärm

Nicht selten wurden gerade Unterhaltungen durch überfliegende, auf der Startbahn-West gestartete, Flugzeuge gestört. Nicht nur im westlich gelegenen Steinweggebiet, sondern auch südlich der Groß-Gerauer Straße, beschwerten sich sehr viele Bürger über den Fluglärm und ganz besonders über die oft gestörte Nachtruhe. Immer wieder wurde die Forderung eines Nachtflugverbots erhoben.

Straßenlärm, Abgase

Bei den Bewohnern der Westendstraße und der Langener Straße wurde wiederholt der Straßenlärm und die Abgase der Kraftfahrzeuge — ganz besonders bei diesigem und windstillem Wetter, wo in anderen Landesteilen Smog-Alarm gegeben wird — angesprochen. Hier bekam man so drastisch vor Augen geführt, wie notwendig es ist, den Durchgangsverkehr um Mörfelden herumzuleiten. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten sollten sich die örtlichen Kommunalpolitiker diese Situation öfter vor Augen führen.

Renten, Neue Armut

In Gesprächen mit einigen älteren Mitbürgern fielen deutliche Worte über die Bonner Wenderregierung. Der Hick-Hack in Bonn über die kaum erwähnenswerte Rentenerhöhung bei gleichzeitigem Abzug eines Krankenkassenbeitrages hat manchen verunsichert, aber auch viele verärgert. Von den allgemeinen Steigerungen der Lebenshaltungskosten und dem inzwischen erfolgten Sozialabbau, sind ja in erster Linie die Ärmsten betroffen, ältere Bürger, die von ihrer manchmal kargen Rente Miete zu zahlen haben und zum Sozialfall werden.

Oft hörte man: „die Parteien der Bonner Regierung, und das gilt auch bei Kommunalwahlen, kann man nicht mehr wählen“.

Eine Frau sagte es sehr deutlich: „die von der Regierung wollen alle unser „Bestes“, nämlich unser „Geld“.

Eine andere meinte: „sorgt dafür, daß endlich ein Alten- und Pflegeheim in Mörfelden-Walldorf gebaut wird“.

Wohnungen

Wir wissen, daß es in unserer Stadt noch viele Wohnungssuchende gibt, und so wurde auch in manchen Gesprächen auf fehlende Wohnungen, aber auch auf notwendige Verbesserungen der Wohnungen hingewiesen. Z.B. klagten die Bewohner der städtischen Wohnungen am Hegbach übereinstimmend über schlecht schließende Fenster und Haustüren, was sich gerade bei der momentan herrschenden kalten Witterung sehr bemerkbar macht. Ein Bewohner sagte: „was wir hier heizen, das fliegt gerade zum Fenster hinaus“. Hier muß die Stadt umgehend dafür sorgen, daß ordentliche Fenster mit Isolierglasscheiben eingesetzt und an den Haustüren Dichtungen angebracht werden.

Einige der Bewohner in den Wohnungen am Hegbach erinnerten sich und meinten: „ihr von der DKP habt schon mehr für Verbesserungen in dieser Straße gesorgt“.

Ausbildungsplätze

Bei manchem Hausbesuch der DKP kam auch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder vereinzelt auch Resignation, entstanden durch längere Arbeitslosigkeit, zum Vorschein.

Sehr viel Zustimmung gab es zu den Forderungen der DKP im Kommunalwahl-Programm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Auch gab es sofort Interessenten bei Jugendlichen, die trotz wiederholter Bewerbung noch immer ohne Lehrstelle sind, für das von der DKP beantragte „überbetriebliche Ausbildungszentrum“.

Frieden

Zu diesem Punkt gab es allgemeine Übereinstimmung. Auch in der Kommunalpolitik: „Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden!“

Diesen Vorspann im örtlichen Kommunalprogramm begrüßten alle.

Worte der Älteren: „wir haben den letzten Krieg mitgemacht, wenn nur nicht noch einmal so etwas über uns kommt“. Aber auch sehr deutliche Worte waren zu hören, wie „die Amerikaner geben nicht eher Ruhe, bis die Welt wieder in Flammen steht“. — HH

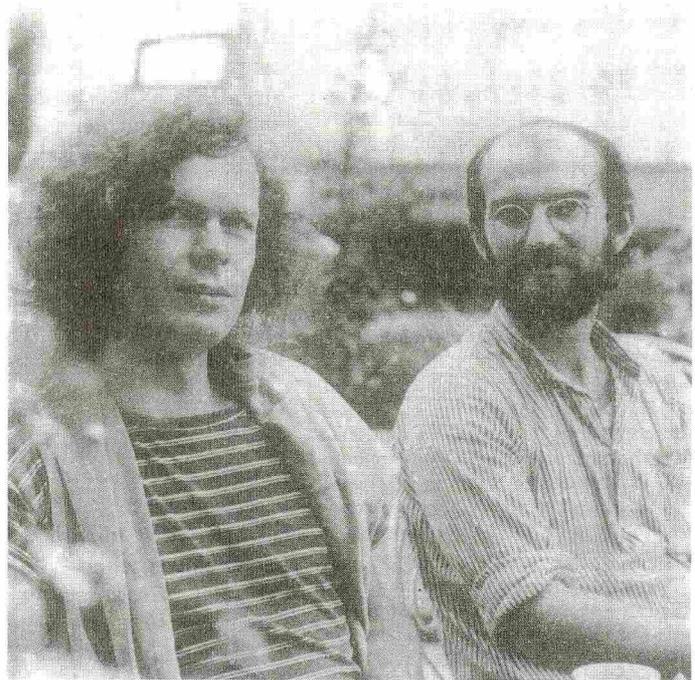


„Zupfgeigenhansel“ in Mörfelden

„Zupfgeigenhansel“, die bekanntesten
Volksliedersänger der
Bundesrepublik, gastieren wieder
in unserer Stadt.

Donnerstag, 28. Februar 1985, 20.00 Uhr
im Bürgerhaus Mörfelden

Eintritt:
Vorverkauf: 8,- DM
Abendkasse 10,- DM
(Schüler, Studenten, Lehrlinge 8,- DM)



Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen, bei allen Mitgliedern der DKP und an der Abendkasse.



Mörfelden gestern

Viele Mörfelder, auch die, die keine größere Landwirtschaft hatten, bereicherten den kargen Speisezettel während der Kriegs- und Nachkriegsjahre mit einem selbstgezogenen Schwein. Irgendwie wurde es schon fettgefüttert. Es wurden Ähren gelesen und Kartoffeln „gestoppelt“ auf den abgeernteten Feldern. Aber auch bei den sogenannten „Hamsterfahrten“ kamen ein paar Pfund Gerste oder Hafer zusammen, sodaß, zusätzlich mit den Küchenabfällen gefüttert, das Schwein im Stall so auf seine zwei Zentner kam. Die Hausschlachtung fand meist in den Wintermonaten statt und nicht selten wurde mit einer Ziege oder einem Geißbock die Quantität vergrößert und dies nicht immer auf Kosten der Qualität.

Unser Bild zeigt eine Gruppe Frauen und den Metzger beim „Griebe“ schneiden. Zum Fotografieren wurde dabei auch schon mal die ganze Gesellschaft ins Freie gestellt.